



International Campaign for Tibet Deutschland e.V.
Marienstraße 30
10117 Berlin
Tel.: 030 / 27879086
Fax: 030 / 27879087
www.savetibet.de

Positionspapier

März 2006

Tibetische Flüchtlinge

Jährlich fliehen etwa bis zu 3.000 Tibeter über das Himalajagebirge nach Nepal oder Indien. Sie verlassen Tibet entweder wegen der repressiven politischen Lage, dem Fehlen von Religionsfreiheit, aus wirtschaftlichen Gründen oder aus Mangel an Perspektiven in Bildung und Beruf. Die Fluchtbedingungen sind äußerst hart und die Situation tibetischer Flüchtlinge ist insbesondere in Nepal besorgniserregend.

Fluchtgründe

Jährlich fliehen bis zu 3.000 Tibeter über das Himalajagebirge nach Nepal oder Indien. Ihre Fluchtmotive sind vielfältig. Zahlreiche Kinder werden zum Studieren in tibetische Exilschulen geschickt, da sie in ihrer Heimat – ohne Kenntnisse der Wirtschaftssprache Mandarin – keine Möglichkeit haben, eine höhere Ausbildung und die damit verbundenen wirtschaftlichen Chancen zu erhalten. Auch sind die Eltern oft finanziell nicht in der Lage, Gebühren, die für die gesetzlich vorgeschriebene öffentliche Schulbildung verlangt werden, zu zahlen.

Viele tibetische Flüchtlinge sind Mönche und Nonnen, denen es seitens der chinesischen Regierung nicht ermöglicht wird, ihre Religion frei auszuüben. Um beispielsweise in ein Kloster aufgenommen zu werden, müssen Tibeter einen Eid ablegen, in dem sie den Dalai Lama diskreditieren und den von der chinesischen Regierung zum 11. Panchen Lama bestimmten Jungen anerkennen. Viele Gläubige wollen sich diesen aus ihrer Sicht an Blasphemie grenzenden Bedingungen nicht unterwerfen.

Andere fliehen, weil sie im Zuge chinesischer Entwicklungsprojekte und der Urbanisierung tibetischer Gebiete ihr Land verlassen müssen und in einem von chinesischen Einwanderern immer weiter besiedelten Tibet keine Zukunft sehen. Selbst für einfache berufliche Positionen muss mittlerweile die Sprache Mandarin beherrscht werden; ein Umstand, der Tibeter stark benachteiligt.

Und schließlich treten viele die schwierige Reise nach Indien an, da sie ihren spirituellen Führer, den Dalai Lama, treffen wollen. Sie begeben sich auf die Spuren ihres kulturellen Erbes, um ein Gefühl tibetischer Identität entwickeln zu können.

Die Reise und ihre Gefahren

Wer sich dazu entscheidet, seine Freiheit im Exil zu suchen, muss damit rechnen, dass die Reise zur tibetisch-nepalesischen Grenze mehrere Wochen dauern kann. Zur Überquerung des Mount Everest wählen die Flüchtlinge üblicherweise eine traditionelle Handelsroute, die auf einer Höhe von mehr als 5.700 Metern über dem Meeresspiegel verläuft. Häufig reisen sie nachts und in den Wintermonaten, um den Sicherheitskräften zu entgehen. Zudem tragen die Tibeter nur wenig Kleidung und Nahrung bei sich, damit ihre Absichten von örtlichen Behörden nicht entdeckt werden. Dies führt oftmals zu Unterkühlungen, Frostbeulen, Ausrutschern und schweren Stürzen, die nicht behandelt werden können. Verletzte werden von ihren Fluchtführern zurückgelassen, die sie dringend zur Umgehung der Grenzpolizei bräuchten.

Ferner werden Flüchtlinge oftmals von chinesischen Grenzpolizisten aufgegriffen oder verfolgt. International Campaign for Tibet (ICT) liegen Berichte vor, denen zufolge eine Gruppe von 34 Tibetern im Oktober 2003 unter Beschuss genommen wurde. Auch starb eine Siebzehnjährige, als sie im September desselben Jahres fliehend in eine Gletscherspalte stürzte.

Und selbst nach erfolgreicher Überquerung der tibetisch-nepalesischen Grenze dürfen sich tibetische Flüchtlinge noch nicht in Sicherheit wiegen. Ursprünglich hatte das UN-Flüchtlingshochkommissariat (UNHCR) 1989 ein Gentlemen-Agreement mit der nepalesischen Regierung getroffen, um Tibetern eine sichere Durchreise nach Indien zu ermöglichen. Sie wurden von nepalesischen Behörden aufgegriffen und an das UNHCR weitergereicht, die ihnen den Status „gefährdeter Personen“ zusprachen. Seit einem Präzedenzfall im Mai 2003 ist bekannt, dass nepalesische Beamte Flüchtlinge – entgegen der Übereinkunft – an die chinesische Regierung ausliefern. Eine Gruppe von 18 tibetischen Flüchtlinge, von denen acht nicht einmal volljährig waren, wurde von einem Gefängnis in Katmandu an einen nepalesisch-chinesischen Grenzübergang gefahren und dort chinesischen Beamten übergeben, die sie sofort inhaftierten.

Auch 2004 erreichten ICT Berichte, in denen von Abschiebungen und Misshandlungen durch nepalesische Sicherheitsbeamte die Rede ist. Allein im Januar wurden 36 Tibeter ausgewiesen, im März schlug und bestahl man 13 Flüchtlinge bei ihrer Ankunft in Nepal und im Mai konnten drei junge Tibeterinnen im Alter von 12 bis 24 nur mit Mühe einer Vergewaltigung durch sechs nepalesische Sicherheitsbeamte entkommen.

Im Januar 2005 ordnete die nepalesische Regierung an, die Vertretung des Dalai Lama und das Tibetan Refugees Welfare Office (Büro für tibetische Flüchtlingsfürsorge, TRWO) in Katmandu zu schließen. Beide Büros haben ihre Tätigkeit zunächst eingestellt. Der TRWO ist in Zusammenarbeit mit dem UNHCR mit der Fürsorge für tibetische Flüchtlinge beauftragt. Im Januar 2005 befanden sich etwa 1.000 neu aus Tibet eingetroffene Flüchtlinge im Empfangszentrum in Nepal, das vom TRWO geleitet wird.

Derzeit leben etwa 20.000 tibetische Flüchtlinge in Nepal. Diese erhalten keine offizielle Arbeitserlaubnis – weder als Selbstständige noch als Angestellte. Außerdem ist es ihnen offiziell nicht erlaubt, ein eigenes Geschäft oder Grundstück zu besitzen. Sowohl das TRWO als auch die Vertretung des Dalai Lama halfen den Flüchtlingen in Angelegenheiten wie der Erneuerung von Ausweisen, der Kommunikation mit der tibetischen Exilregierung in Dharamsala, Indien, und bei der Registrierung von Neugeborenen.

Reaktionen der internationalen Gemeinschaft

Die Abschiebung der 18 tibetischen Flüchtlinge im Mai 2003 hat zahlreiche kritische Reaktionen der internationalen Gemeinschaft hervorgerufen. Westliche Botschaften in Katmandu formulierten scharfe Demarchen, das UNHCR in Genf veröffentlichte eine äußerst kritische Stellungnahme und auch die Europäische Union protestierte.

Als Reaktion auf drohende internationale Restriktionen der Nepalhilfe erklärte sich der nepalesische Außenminister Mahdu Raman Archarya bereit, eine schriftliche Einverständniserklärung mit den Vereinigten Staaten und dem UNHCR bezüglich der Behandlung tibetischer Flüchtlinge abzuschließen. In einem Schreiben an eine US-Senatorin, das ICT vorliegt, versichert der Außenminister, dass Nepal sich an das Prinzip der Nicht-Zurückweisung von Flüchtlingen halten werde. Nepal werde ferner keine Zwangsrückführungen von Asylbewerbern aus nepalesischem Staatsgebiet vornehmen, heißt es darin weiter.

Allerdings haben Menschenrechtsbeobachter im Dezember 2003 zur Kenntnis nehmen müssen, dass diese schriftliche Zusicherung nepalesischen Grenzbeamten offenbar nicht bekannt ist. Sie wurde offensichtlich vom Innenministerium nicht an die ausführenden Stellen weitergeleitet und findet deshalb keine Anwendung.

Die Schließung des Tibetan Refugees Welfare Office in Katmandu hat ebenfalls zu internationalen Protesten geführt. Das Europäische Parlament forderte in seiner Entschließung vom 1. Dezember 2005 die nepalesische Regierung auf, dem TRWO und dem Büro des Dalai Lama in Katmandu die Wiederaufnahme ihrer Tätigkeit zu gestatten, und äußerte seine Sorge darüber, dass die Schließung als Zeichen des Entgegenkommens gegenüber China gewertet werden könne.

Forderungen der International Campaign for Tibet

International Campaign for Tibet fordert die nepalesische Regierung auf,

- das Gentlemen-Agreement und die 2003 getroffene schriftliche Zusicherung einzuhalten und mit dem UNHCR durch einen schriftlichen Austausch zu formalisieren. Insbesondere müssen die nepalesischen Behörden die Durchreise tibetischer Flüchtlinge nach Indien ermöglichen.
- Das Tibetan Refugees Welfare Office und das Büro des Dalai Lama in Katmandu unverzüglich wieder zu öffnen.

Die chinesische Regierung

- muss sich an ihre Verpflichtungen aus den Flüchtlingskonventionen von 1951 und 1967 und an das Völkerrecht halten. Sie muss es insbesondere unterlassen, Druck auf die nepalesische Regierung auszuüben, um diese zur Zurückführung tibetischer Flüchtlinge und zur Beschneidung der Rechte von legal in Nepal ansässigen Tibetern zu bewegen. Die chinesische Regierung muss der Problematik, die die Tibeter zur Flucht zwingt, mit einer verantwortungsvolleren Politik begegnen.
- Entsprechend muss die chinesische Regierung zur Lösung der Tibetfrage mit dem Dalai Lama oder seinen Vertretern den begonnenen Dialogprozess fortführen und sichtbare Schritte zur Verbesserung der Menschenrechtslage in Tibet unternehmen.

Die internationale Staatengemeinschaft

- muss die nepalesische Regierung nachdrücklich und kontinuierlich an ihre völkerrechtlichen Verpflichtungen erinnern und die Einhaltung von Mindeststandards anmahnen. Insbesondere dürfen tibetische Flüchtlinge nicht an chinesische Sicherheitsbehörden zurückgeschoben werden.
- muss ausreichende Mittel für die Unterstützung von tibetischen Flüchtlingen insbesondere in Nepal zur Verfügung stellen.

Weiterführende Literatur

- International Campaign For Tibet, „Gefährliche Flucht“, Berlin 2002
- International Campaign For Tibet, „Gefährliche Flucht“, Berlin 2003
- International Campaign For Tibet, „Dangerous Crossing“, Washington 2004